BIBLIOTHEK
DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE
XV.

O. W. KUUSINEN

DIE REVOLUTION IN FINNLAND

W
416

1921
G DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE
AUSLIEFERUNGSSTELLE FÜR DEUTSCHLAND:
VERLAGSBUCHHANDLUNG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG 11

PREIS Mk. 2.—

W II, L 40

BIBLIOTHEK
DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE
XV.

O. W. KUUSINEN

DIE REVOLUTION IN FINNLAND

Osteuropa-Institut
an der Freien Universität Berlin
— Bibliothek (W) —

1921
VERLAG DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE
AUSLIEFERUNGSSTELLE FÜR DEUTSCHLAND:
VERLAGSBUCHHANDLUNG CARL HOYM NACHF.
LOUIS CAHNBLEY, HAMBURG 11

W 416
Inventar-Nr.

I.

Auf der Flucht vor der Revolution.

Proletarische Revolutionen — sagt Marx — kritisieren sich ständig selbst. Wir Revolutionäre sind befugt, diese Selbstkritik der Revolution klarbewußt zu fördern, ohne uns natürlich der geschichtlichen Verantwortlichkeit für unsere frühere Tätigkeit entziehen zu wollen.

Die Revolution in Finnland brach im Januar 1918 los. Ihre Grundfehler nahmen schon im Jahre voraus ihren Anfang.

Ebenso überraschend, wie der Krieg für die meisten sozialdemokratischen Parteien der größeren europäischen Länder kam und die Enthüllung brachte, daß diese Parteien ihrer historischen Mission nicht gewachsen waren, kam auch für die finnische Sozialdemokratie die russische Revolution im März 1917. Die Frühlingsfreiheit kam über uns wie eine Gabe des Himmels, und unsere Partei geriet außer Fassung. Das offizielle Programm unserer Partei nahm dieselbe Position des „selbständigen Klassenkampfes" ein, wie z. B. vor dem Kriege die deutsche Sozialdemokratie. Zur Zeit der Reaktion war diese Position nicht schwer zu behaupten gewesen; sie war damals keinen ernstlichen Heimsuchungen ausgesetzt, und die Opposition der offenen Rechtssozialisten konnte keinen Wind unter ihre Flügel bekommen. Im März jedoch trat an unsere Partei eine ernste Prüfung auf die Festigkeit ihrer proletarischen Gesinnung heran, und auf diese Versuchung folgte denn auch der Fall. In der Tat, die finnische Sozialdemokratie trat in ein schändliches Konkubinat mit der finnischen Bourgeoisie, anfangs sogar mit der russischen Bourgeoisie (wobei die russischen Menschewiki Zuhälterdienste leisteten). Der finnische Senat, die Koalitionsregierung, bildete die Lagerstätte dieser Unzucht. Als dieselbe im März gebildet wurde, sprach sich ungefähr die Hälfte unseres Parteivorstandes gegen die Teilnahme aus, und nur die rechten

Sozialisten traten in die Regierung ein. Doch die Opposition unserer übrigen Parteimitglieder trug einen derart passiven Charakter, daß sie unserem Zusammenarbeiten nicht im geringsten hinderlich war. Diese aber machten in Wirklichkeit gemeinsames Spiel mit der finnischen und russischen Bourgeoisie. Und es ist sehr charakteristisch, daß auf unserem Parteikongreß im Juni (auf welchem wir uns übrigens an Zimmerwald anschlossen) nicht eine einzige Stimme für die Loslösung von den Sozialisten der Koalitionsregierung laut wurde.

Uns bezauberte vor allem das Blendwerk des parlamentarischen Demokratismus. Hätten wir nicht das Einkammersystem, Proportionalwahlen und ein sehr weitgehendes Wahlrecht gehabt, hätte schließlich unsere Partei im Wahlkampfe nicht schon die Mehrzahl der Abgeordnetensitze erobert (Sommer 1916), so hätten wir der Frühjahrsversuchung vielleicht leichter widerstehen können. So jedoch schien es uns, als ob sich nun vor unserer Arbeiterbewegung der Weg des parlamentarischen Demokratismus wie eine unerwartet breite und ebene Straße auftue. Unsere Bourgeoisie verfügte über keine Armee, nicht einmal über eine zuverlässige Polizei, und hatte zudem auch nicht die Aussicht, auf gesetzmäßigem Wege dazu zu gelangen, da sie hierzu der Einwilligung der sozialistischen Mehrheit des Landtags bedurfte. Die Sozialdemokratie, schien es, hatte alle Ursache, auf dem Wege der parlamentarischen Gesetzlichkeit zu verharren; es schien, als würde sie auf diesem Wege der Bourgeoisie eine Eroberung nach der anderen leichten Spiels abringen können.

Der Horizont dieses parlamentarischen Demokratismus war schon derart klar, daß man sich all seines Glanzes hätte nach Herzenslust freuen können. Nur eins verfinsterte ihn noch: die Tatze der russischen provisorischen Regierung, die allerdings nicht so stark war. Die finnische Bourgeoisie streckte nach ihr die Hand aus, wie ein Ertrinkender nach dem Strohhalm. Die Sozialdemokraten suchten diese Tatze nach Kräften abzuwenden oder wenigstens ihre Einmischungsfreiheit durch strenge gesetzliche Verfügungen einzuschränken, um ihre Versüche, sich in die „inneren Angelegenheiten" einzumengen (mit anderen Worten: die finnische Bourgeoisie in Schutz zu nehmen) zu unterbinden. Auf diese Weise schienen also unsere Anstrengungen im Kampfe um die Selbständigkeit Finnlands, unser Patriotismus allerbestens gerechtfertigt, war es doch ein direkter Kampf um die demokratische Freiheit, ein organischer Teil unseres proletarischen Klassenkampfes.

Die Wirkung der parlamentarischen optischen Täuschung wurde noch durch die Resultate verstärkt, die im Sommer in der Gesetzgebung auf dem Landtage erzielt wurden. Ueber den Acht-Stundentag, den die Arbeitermassen in den Betrieben vieler Produktionszweige schon seit Frühlingsanfang eingeführt hatten, wurde ein derartig weitgehendes Gesetz durchgebracht, wie es vielleicht noch kein Parlament zustande gebracht hat. Auf dem Gebiet der Demokratisierung des Kommunalwesens wurde ebenfalls eine Reform erreicht, die den Uebergang von der unbegrenzten Alleinherrschaft der Bourgeoisie zum System des allgemeinen Stimmrechts bedeutete, — auch ein Sprung, wie er auf diesem Gebiet der Gesetzgebung wohl noch nirgends auf einmal so groß gemacht worden ist. Es liegt allerdings auf der Hand, daß die Erlassung dieser Gesetze nicht allein den parlamentarischen Bemühungen zu danken war. Der Revolutionswirbel außerhalb der Parlamentsmauern trug dazu bei, daß sie schneller als gewöhnlich von der parlamentarischen Sandbank losgerissen wurden. Dieser Wirbel manifestierte sich in Massendemonstrationen, die fast unablässig die Sitzungen des Landtags begleiteten. Bei diesen Demonstrationen herrschte dank der Beteiligung der russischen Soldaten ein ganz besonders stürmischer Geist. Doch dies schien uns nicht ungewöhnlich; wir waren gewöhnt, auch früher den Parlamentarismus eben in der Weise aufzufassen, daß er die besten Früchte nur dann bringt, wenn das Volk einen Druck von außen ausübt.

Ein schlechteres Zeichen für die Wirksamkeit unserer parlamentarischen Tätigkeit war, daß die Spekulation, die im Lebensmittelhandel herrschte, keine Grenzen kannte. Dies war ein Beweis dafür, daß auch die oben erwähnten Errungenschaften nur Errungenschaften auf dem Papiere waren. Denn das Gesetz, das die Spekulation mit Lebensmitteln einschränken sollte, wurde wohl geschrieben und auch angenommen, aber das war auch alles. Die Koalitionsregierung unternahm absolut nichts zu seiner Durchführung. Sie glich einem störrischen Esel, den die Sozialisten an den Ohren und die Bourgeoisie am Schwanze zogen, und der

sich dabei nicht vom Fleck bewegte. Dabei mußte sich das Volk den Lebensmittelwucher ruhig gefallen lassen.

Die hungernden Arbeitermassen verloren bald jedes Vertrauen in die Politik der Koalitionsregierung und, wie es scheint, gleichzeitig in die Führung unserer sozialdemokratischen Partei. In Helsingfors wollten die erbitterten Arbeitermassen selbst die Buttervorräte in Augenschein nehmen und sie unter sich aufteilen. Gegen Sommerwende brach in unserer Hauptstadt ganz spontan ein Generalstreik aus, der zwei Tage dauerte, bis die organisierten Arbeiter ihn beendeten. Der Hochdruck der politischen Atmosphäre war derart, daß er unserem Parlamentarismus schon hinderlich zu werden schien. Das war die Wirklichkeit des Demokratismus: die schrankenlose Zuspitzung des Klassenkampfes. Wir Sozialdemokraten sahen jedoch nicht diese Wirklichkeit des Demokratismus, wir sahen nur sein verschwommenes Spiegelbild.

Dieses uns narrende Spiegelbild erhielt seinen ersten Stoß von der Hand der provisorischen Regierung Kerenskis. Trotz des heftigsten Widerstandes der bürgerlichen Minderheit nahm der Landtag in Uebereinstimmung mit dem Beschluß des Allrussischen Kongresses der A.-&.S.-Räte das Grundgesetz über die innere demokratische Freiheit Finnlands und über das Recht des Landtags an, als oberste Staatsgewalt über das Land zu verfügen. Aus Petersburg traf sogar eine halboffizielle menschewistische Delegation (Tscheidse, Lieber, Dahn) ein, um die Annahme dieses Gesetzes zu verhindern — doch zu spät. Darauf (Ende Juli) löste die russische provisorische Regierung den Landtag auf und setzte Neuwahlen an. Die sozialdemokratische Fraktion versuchte zweimal, die Sitzungen des auseinandergetriebenen Landtags fortzusetzen. Das erste Mal fanden die Deputierten an den Eingängen zum Landtag von Kerenski gesandte Husaren vor. Das zweite Mal wies die Tür nur das Siegel der Regierung Kerenskis auf; der Talman, Genosse Manner, ordnete die Oeffnung der Tür an, und die Sitzung fand statt, allerdings nur unter Teilnahme der Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion.

Unsere Partei verzichtete nicht auf die Teilnahme an den Neuwahlen, die Anfang Oktober stattfanden. Bei diesen Wahlen ver-

lor sie trotz bedeutender Erhöhung der für uns abgegebenen Stimmenzahl ihre Mehrheitsstellung im Landtag. Die wesentlichsten Dienste leisteten der Bourgeoisie bei diesen Wahlen unzweifelhaft ihre Wahlfälschungen. Schon gleich nach den Wahlen wurde in den Blättern erörtert, wie in denjenigen Wahlbezirken, in denen die Wahlkommissionen ausschließlich aus Vertretern der Bourgeoisie bestanden, die bürgerlichen Parteien mehr Stimmen erhalten hatten, als es im gegebenen Bezirk überhaupt Wahlberechtigte gab. Und später, während der Revolution, wurden an einigen Orten bei den Vorsitzenden der Wahlkommissionen ganze Haufen versteckter, für Sozialdemokraten abgegebener und vollkommen vorschriftsmäßig abgefaßter Stimmzettel vorgefunden. Auf dem Wege der Blockbildung gewannen die bürgerlichen Parteien bei den Wahlen ebenfalls einige Sitze. Doch außerdem muß man, meines Erachtens, auch den Umstand in Betracht ziehen, daß wahrscheinlich in den Proletariermassen eine Ueberdrüssigkeit in bezug auf den Parlamentarismus sich breit zu machen begann und ihrerseits auf das Wahlresultat wirkte. Die Ohnmacht des Landtags, die Aussichtslosigkeit, die Verspätung, die Null-und-Nichtigkeit der Ergebnisse unserer parlamentarischen Arbeit, ebenso die Paralysierung der Tätigkeit der Sozialdemokraten durch die Handlungen der Koalitionsregierung, — alles dies verfehlte ohne Zweifel nicht, in ungünstiger Weise das Interesse der Arbeiter an den Wahlen zu beeinflussen, so daß dieses längst nicht so groß war, als man es bei der allgemeinen politischen Hochspannung hätte erwarten können. Unser schönes Spiegelbild des parlamentarischen Demokratismus erhielt also seinen zweiten Stoß schon nicht mehr durch einen äußeren Faktor, sondern auch zum Teil durch unsere eigene innere Ohnmacht und Fehlerhaftigkeit.

Der Strom der Geschichte schoß jetzt mit reißender Geschwindigkeit seinem ersten brausenden Wasserfall entgegen. Wie es sich erwarten ließ, machte die Bourgeoisie alle Anstrengungen, ihr auf den Wahlen erhaltenes Uebergewicht auszunutzen, um die diktatorische Gewalt zu erlangen und die Volksvertretung in ein bloßes Feigenblatt ihrer Diktatur zu verwandeln. Die Arbeiterklasse verlor alle ihre Hoffnung auf die unmittelbare Hilfe des Landtags und trachtete bewußt oder unbewußt nach der Revolution. Die Koalitionsregierung war schon vor den Wahlen zer-

fallen. Die Verschärfung des Klassenkampfes wurde nun durch nichts mehr aufgehalten.

Zudem fühlte man auch bereits in Finnland, daß Rußland rasch einer neuen, tieferen Revolution entgegensteuerte, die über kurz oder lang ausbrechen mußte. Die Kerenskische Regierung zitterte wie Espenlaub vor dem Sturme. Die Macht der Bolschewiki wuchs wie eine Gewitterwolke.

Anstatt nun alle ihre Kräfte auf die Vorbereitung der Revolution zu verwenden, wie es die Umstände erheischten, verharrte unsere sozialdemokratische Partei tatenlos in der Erwartung der Sitzungen des Landtags. Der Block der bürgerlichen Fraktionen brachte Anfang November einen Erlaß im Landtag durch, laut welchem die oberste Gewalt in inneren Angelegenheiten des Landes einem dreigliedrigen Direktorium übergeben werden sollte; doch es ermangelte ihm an Kühnheit, seinen eigenen Erlaß zur Ausführung zu bringen. Gleichzeitig pflog er Unterhandlungen mit der provisorischen russischen Regierung betreffs einer Teilung in die Regierungsgewalt mit der letzteren. Ja, der Generalgouverneur der Kerenski-Regierung, Nekrassow, eilte schon mit einem diesbezüglichen Projekt nach Petersburg, um es dort ausfertigen zu lassen.

Doch er kehrte schon nicht mehr nach Helsingfors zurück. Gerade in jenen Tagen stürzte das russische Proletariat unter Führung seiner bolschewistischen Partei die Regierung der Bourgeoisie und ihrer Handlanger und nahm die Zügel der Regierung in seine eigenen Hände.

Auch durch unser Land zog nun der Geist der Revolution. Doch wir erhoben uns nicht auf seinen Schwingen, wir zogen unseren Kopf in die Schultern und ließen ihn über uns hinwegfliegen. Für uns ist der November auf diese Weise der Jahrestag der Waffenstreckung geworden.

Konnte die Revolution damals in Finnland zu irgend einem Siege führen? Dies ist eine Frage; eine andere ist die: konnte damals die proletarische Revolution unmittelbar wie in Rußland siegen? Die Bejahung der ersteren scheint uns nach allem Geschehenen berechtigt, die der letzteren jetzt, wie auch damals zweifelhaft.

Die allgemeinen Voraussetzungen für das Gelingen der Revolution fehlten damals durchaus nicht gänzlich. Die Erregung des Proletariats und die Kampfeslust waren groß. Die Bourgeoisie war verhältnismäßig schlecht vorbereitet; sie litt großen Mangel an Waffen, obgleich sie diese schon aus Deutschland einzuführen begann. Allerdings hatte ja auch das Proletariat nicht genügend Waffen. Einige Hundert Gewehre, die man leihweise bei russischen Truppenteilen genommen hatte, das war die ganze damalige Bewaffnung. Doch zweifellos hätte man von den russischen Kameraden im wirklichen Notfalle noch einige Waffen, wenn auch nicht viel, erhalten können. Und was vielleicht noch wichtiger ist, die russischen Genossen waren damals noch in der Lage, der finnischen Revolution direkte militärische Hilfe zu leisten, viel mehr als später im Winter, als die Zersetzung in der russischen Armee und Flotte ihren Höhepunkt erreichte. In unserem Lande gab es damals unter den russischen Truppen allerdings noch manche Elemente, die, wie man befürchten mußte, eher auf das Kommando ihrer reaktionären Offiziere als auf die Stimme der proletarischen Solidarität hören würden. Doch trotz alledem hätten diese Elemente im Wirbelwind der Revolution kein nennenswertes aktives Hindernis bilden können.

Vor diesen Anzeichen schwankten wir Sozialdemokraten, „Anhänger des Klassenkampfes", hin und her, neigten uns zuerst stark auf die Seite der Revolution, um dann ganz von ihr abzuweichen. Die Rechtssozialisten, die in unserer Partei ungefähr die Hälfte ausmachten, teilten sich in zwei Gruppen: die eine widersetzte sich offenkundig der Revolution, die andere verlangte sie. In der sozialdemokratischen Fraktion des Landtags war die Mehrheit jeglichen Revolutionsbestrebungen so offenkundig feindselig gesonnen, daß man sagen kann, ihre Stimmung war eher für die Bourgeoisie, als für die Arbeiterklasse. Die rechtssozialistische Leitung unserer gewerkschaftlichen Verbände wollte den Weg einer bis zu einem gewissen Grade revolutionären Streikbewegung einschlagen, deren praktisches und eigentlich einziges Ziel nach ihrer Meinung die Erlangung der Mehrheitssitze in der Regierung, im Senat, sein sollte. Unser Parteivorstand gründete mit ihnen zusammen ein „revolutionäres Zentralkomitee", das wohl, besonders nach dem sich ihm die von Anfang an zur Revolution sich oppo-

sitionell verhaltenden Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion des Landtags angeschlossen hatten, für revolutionäres Geschwätz, nicht aber für eine wirkliche revolutionäre Tätigkeit getaugt hätte. Dieses Komitee beschloß anfangs, die Erklärung des Generalstreiks zu befürworten. Auch auf dem Gewerkschaftskongreß, der damals gerade tagte, wurde der Beschluß gefaßt, für das ganze Land den Generalstreik zu erklären. Bedeutete dies ein revolutionäres Hervortreten oder nur eine Demonstration zur Unterstützung der während des Generalstreiks aufgestellten Forderungen, — darüber mochte jeder denken wie er wollte. Denn darüber war kein Beschluß gefaßt worden, weil die Meinungen hierüber auseinander gingen.

Der Generalstreik ergriff das Land. Unser „revolutionäres Zentralkomitee" erörterte die Frage: vorgehen oder nicht? Wir, die wir uns mit Unrecht Marxisten nannten, wollten nicht vorwärts gehen. Ohne uns wollten die „Revolutionäre" aus dem zentralen Gewerkschaftsverbande auch nicht gehen.

Wenn wir Zentralisten-Sozialdemokraten nicht den revolutionären Weg betraten, so handelten wir hierin ganz konsequent, gemäß unserer Ueberzeugung, die sich uns im Laufe unserer langjährigen Tätigkeit tief eingeprägt hatte, waren wir doch Sozialdemokraten und nicht Marxisten. Unsere sozialdemokratische Position bestand erstens in einem friedlichen, allmählichen, jedoch nicht revolutionären Klassenkampf; gleichzeitig aber war sie zweitens die Position des selbständigen Klassenkampfes und nicht das Streben nach einem Bündnis mit der Bourgeoisie. Diese beiden Gesichtspunkte zusammen bestimmten unsere Taktik.

1. Wir glaubten nicht an die Revolution; wir setzten keine Hoffnungen in sie und strebten nicht nach ihr. Das ist überhaupt eine Eigenschaft der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie ist ja eigentlich ihrem ganzen Wesen nach gerade eine Arbeiterbewegung, die die Arbeiterklasse für den bürgerlich-gesetzlichen (parlamentarischen) Klassenkampf organisiert und rüstet. Allerdings ist ja der Sozialismus in ihrem Programm das Endziel und bestimmt auch bis zu einem gewissen Grade die Richtung des aktuellen oder sog. „Minimal"-Programms

der Sozialdemokratie. In der Hauptsache jedoch stellt er in ihrem Programm nur eine utopistische Verzierung dar, und das aus dem einfachen Grunde, weil es Unsinn ist, an die Verwirklichung des Sozialismus im bürgerlichen Staate zu denken, in dessen Rahmen die praktische Tätigkeit der Sozialdemokratie sich so gut eingepaßt hat. Der historisch gebotene Weg, der aus dem bürgerlichen Staat hinaus zur sozialistischen Gesellschaft führt, der Weg des bewaffneten Aufstandes und der Diktatur des Proletariats, bleibt ganz außerhalb der bewußten und praktischen Tätigkeit dieser Partei; er beginnt erst dort, wo die wirkliche Tätigkeit der Sozialdemokratie aufhört.

Die konsequente Sozialdemokratie steht der Revolution meistens genau so passiv gegenüber, wie ein wohlgeneigter Geschichtsschreiber den Revolutionen früherer Zeiten. „Die Revolution bricht aus, sie wird nicht gemacht", ist ein beliebter Ausspruch der Sozialdemokraten, weil sie es nicht für ihre Pflicht ansehen, auf die Revolution hinzuwirken. Ihrem Charakter nach ist die Sozialdemokratie eher geneigt, den Ausbruch der Revolution zu verhindern (ebenso wie sie schon den Generalstreik und andere revolutionäre Massenbewegungen verhindert hat). Vom Gesichtspunkt des wirklichen Ziels der Sozialdemokratie ist das vollkommen verständlich: die revolutionäre Tätigkeit kann leicht diesem Ziele hinderlich sein und die Einstellung der sozialdemokratischen Tätigkeit zur Folge haben. Denn bei der Revolution kann man nicht von vornherein mit unbedingter Sicherheit entscheiden, ob sie beim ersten Versuch von Erfolg gekrönt sein oder ob sie nicht eine Niederlage erleiden wird; bei einer Revolution ist immer die Möglichkeit vorhanden, daß alle Errungenschaften der organisatorischen und politischen Tätigkeit der Sozialdemokratie, die Organisationen, Arbeiterheime, Bibliotheken, Presse, Reformen, demokratischen Einrichtungen und Rechte direkt bedroht werden. Und auf diesen eben beruht doch die ganze Tätigkeit der Sozialdemokratie. Zum Teil sind sie geradezu Selbstzweck geworden, und in den meisten Fällen bilden sie die unersetzliche Basis zur Fortsetzung und Pflege ihrer bürgerlich-gesetzlichen Tätigkeit. Darum bemüht sich auch die Sozialdemokratie, sie aus allen Kräften zu erhalten und sorgsam vor allen Gefahren einer proletarischen Revolution zu bewahren.

Uebrigens wird in den theoretischen Schriften der Sozialdemokratie mit Hilfe von Hinweisen auf Marx erklärt, daß die Ergebnisse der organisatorischen Tätigkeit besonders dazu angesammelt und erhalten werden, um die Forderungen und den Erfolg der proletarischen Revolution im Auge zu haben. Ohne Zweifel werden sie auch in dieser Revolution schließlich zur Geltung kommen. Doch das wird wahrscheinlich nicht dank, sondern trotz der Sozialdemokratie geschehen. (So z. B. ist ja auch der Militarismus im bürgerlichen Staate der proletarischen Revolution in hohem Maße dienlich, jedoch natürlich ganz entgegen den Zwecken dieses Militarismus). Wenn die Sozialdemokratie immer nach ihrem Wunsche die Arbeitermassen leiten könnte, so würde die Arbeiterklasse wohl kaum jemals in ein so gefahrvolles Unternehmen wie die Revolution geraten und würde auch wohl kaum ihrem Ziele, dem Sozialismus, näher kommen, außer wenn die Bourgeoisie mit der Waffe in der Hand eine Revolution provozieren würde. Nur in diesem letzteren Falle wird eine konsequente Sozialdemokratie — ob sie es wirklich tun wird, kann nicht so fest behauptet werden — sich zum revolutionären Kampfe erheben, um die Errungenschaften ihres bürgerlich-gesetzlichen Klassenkampfes und die Chancen seiner Fortsetzung zu wahren, so wie wir es Ende Januar getan haben.

Doch im November entschlossen wir uns, der Revolution auszuweichen, teils um unsere demokratischen Eroberungen keinen Gefahren auszusetzen, teils in der Hoffnung, mit parlamentarischen Mitteln vielleicht den Strudel der Geschichte zu umschiffen, und teils auch wohl in der fatalistischen Erwägung: wenn die Revolution früher oder später kommen muß, so kommt sie auch ungeachtet unseres Widerstrebens und beweist dadurch gerade so recht ihre Kraft.

Was war die Folge dieses historischen Fehlers? Vermieden wir einen bewaffneten Zusammenstoß? Nein. Er wurde nur bis zu einem Zeitpunkt aufgeschoben, zu dem die Bourgeoisie bedeutend besser gerüstet war als im November. Die Bourgeoisie hat es immer in der Hand, die Arbeiter zu einem bewaffneten Zusammenstoß zu provozieren, sobald sie es nur wünscht. Und das ist eben die Gefahr für den Kampf der Arbeiter, daß die Bourgeoisie die Möglichkeit hat, den Moment des Anfangs des Bürgerkrieges

zu bestimmen. Wenn die Arbeiterklasse ihn beginnt, so ist die Bourgeoisie noch nicht überall für die Revolution genügend gerüstet, die Revolution überrascht sie mehr oder weniger. Eine von den Arbeitern begonnene revolutionäre Bewegung kann insbesondere dort, wo eine reaktionäre Regierungsgewalt im Laufe eines längeren Zeitraums in breiten Volksmassen eine feindliche Haltung sich gegenüber genährt hat, entweder direkt die unzufriedenen Mittelschichten mit sich fortreißen oder aber zum mindesten in das Lager der Beschützer der Regierungsgewalt Verwirrung und Schwäche tragen. Besonders unter solchen Umständen (wie z. B. jetzt in der Kriegszeit), wo in den kriegführenden Ländern die Proletariermassen einstweilen noch die Waffen in den Händen haben, ist es von ungeheurer Wichtigkeit, zu vermeiden, daß die Regierung die Möglichkeit bekommt, den Klassenkrieg zu beginnen, denn die Regierung würde schon nach einer verhältnismäßig kurzen Vorbereitungszeit in der Lage sein, die großen Massen zu entwaffnen, die der Revolution nötigen Elemente zu verhaften, ihre zuverlässigeren Truppen zweckmäßig auf die Angriffs- und Verteidigunsstellungen gegen den „inneren Feind" zu verteilen und überhaupt alle ihre verfügbaren Kräfte zur aktiven oder passiven gegenrevolutionären Tätigkeit zu sammeln. Außerdem kann man gewiß sein, daß eine Regierung, wenn sie den Klassenkrieg beginnt, sich im voraus bemüht, für sich günstigste außenpolitische Bedingungen zu schaffen, sich im äußersten Notfalle die Hilfe des Auslandes zu sichern oder sich wenigstens den Rücken gegen äußere Einmischung zu decken. Im November wäre es der finnischen Bourgeoisie um vieles schwerer gewesen, eine so bedeutende Hilfe von der deutschen Regierung zu erhalten, als später im Winter, als die deutschen Truppen an der russischen Front frei wurden, — was alles im November und sogar im Januar immerhin schwer vorauszusehen war.

2. Wir Zentralisten-Sozialdemokraten wollten in kein Regierungsbündnis mit bürgerlichen „Demokraten" treten, wie es die Rechtssozialisten taten, ob sie nun für oder gegen die Revolution waren. Ohne ein solches Bündnis war auch nicht an die Verwirklichung des Zieles zu denken, das denjenigen Rechtssozialisten im Geiste vorschwebte, die für die Revolution waren, d. h. die Schaffung einer demokratischen Regierung, in welcher den Sozialisten

mindestens die bedeutende Mehrheit der Sitze gehören und die sich in ihrem Programm die Einschränkung der Spekulation in der Lebensmittelfrage und die Durchführung verschiedener demokratischer Reformen auf parlamentarischem Wege zum Ziele stecken mußte. Der Umstand, daß in diesen auf revolutionärem Wege zu erobernden „roten Senat" auch mindestens einige Vertreter des sogenannten Agrarbundes eintreten würden, schien den Rechtssozialisten — was ganz verständlich ist — eine überaus notwendige Verstärkung. Von dieser Erwägung ausgehend, wurden auch ihrerseits und seitens der sozialdemokratischen Fraktion des Landtags Unterhandlungen mit der Fraktion des Agrarbundes und ebenso, aller Wahrscheinlichkeit nach, auch mit anderen „progressiven" Deputierten geführt, und „Genosse" Tokoi hielt sogar unter den Beamten des Senats Umfrage, ob sie einverstanden wären, auch einem „roten Senat" zu dienen. Somit also lief das ganze revolutionäre Streben der „revolutionären" Sozialisten eigentlich auf eine Wiederbelebung des Koalitionssenats vom Frühjahr hinaus, nur in etwas vollkommenerer Form, dank der sozialistischen Mehrheit und vielleicht auch der Entfernung der alleräußersten Reaktionäre.

Dies wäre auch aller Wahrscheinlichkeit nach und bestenfalls das Resultat, die einzige Errungenschaft einer Revolution im November gewesen. Nicht mehr. Mehr zu erobern wäre die finnische Arbeiterbewegung damals noch nicht imstande gewesen. Ein Teil der organisierten Arbeiter hätte ohne Zweifel sofort einen größeren Schritt gefordert, doch die mit wenigem zufriedene Mehrheit unserer Arbeiterbewegung hätte sich sogleich nach der Erreichung ihres sich unmittelbar gesteckten Ziels gegen das Streben nach einer revolutionären Arbeiterdiktatur gewendet und wäre damals auch wohl imstande gewesen, diese Forderung und überhaupt die wahre revolutionäre Stimme des Proletariats mit Leichtigkeit niederzudrücken. Ihr Ziel hätte die Mehrheit damals, wenigstens zum größten Teil, verwirklichen können. Jetzt nach allem Vorgefallenen erscheint einem diese Möglichkeit bei nüchterner Ueberlegung viel wahrscheinlicher als damals. Die finnische Bourgeoisie hätte damals allem Anschein nach wenigstens zeitweise ungefähr soweit der revolutionären Bewegung nachgeben müssen, um ihre hauptsächlichsten Interessen wahrzunehmen, denen

die revolutionäre Bewegung der rechten Sozialisten nicht drohte. Aus der Novemberrevolution in Finnland wäre somit aller Wahrscheinlichkeit nach in Wirklichkeit eine bürgerlich demokratische Revolution geworden. Das würde in den Reihen der organisierten Arbeiter geradezu eine völlige Scheidung bewirkt haben: der rechte Teil hätte mit der Bourgeoisie „zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung", gemeinsam Front gemacht, während der linke Teil in das Lager des wirklich revolutionären Sozialismus oder Kommunismus übergegangen wäre und nach nichts anderem getrachtet hätte, als gegen den bürgerlichen Staat und gegen alle seine Helfer und Helfershelfer anzukämpfen.

Ungefähr in dieser Art, wenn auch noch etwas unklar, stellten wir sogenannten „marxistischen Sozialdemokraten" des Parteivorstandes uns während des Generalstreiks vom November das unmittelbare Resultat vor, zu dem die Revolution damals bestenfalls hätte führen können. Und eben deshalb handelten wir, als wir uns gegen die revolutionäre Aktion entschlossen, noch aus zwei triftigen ergänzenden Beweggründen: erstens wollten wir nicht der Vereinigung der Rechtssozialisten mit der Bourgeoisie Vorschub leisten und zweitens wollten wir es nicht zu einer Spaltung der Arbeiterbewegung kommen lassen. Auch hier folgten wir der der Sozialdemokratie eigenen Bahn und nicht der marxistischen Methode. In Wahrheit hielten wir die geschichtliche Entwicklung auf, indem wir die Spaltung der Arbeiterbewegung unseres Landes verhinderten, für die die Voraussetzungen schon reif und zur notwendigen Bedingung dazu geworden waren, daß die Arbeiterbewegung vom Fleck vorwärts zur zielbewußten revolutionären Tätigkeit kommen konnte. Bei dem künstlichen gleichzeitigen Unterstützen zweier gegensätzlicher Bestrebungen war diese Bewegung vollkommen außerstande, sich zu entfalten. Die Spaltung konnte selbstverständlich der sozialdemokratischen Wirksamkeit, mit anderen Worten, dem direkten Einfluß der parlamentarischen (und gewerkschaftlichen) Tätigkeit Schaden bringen. Die Aussichten auf Wahlsiege konnten sich selbstverständlich verschlechtern. Jedoch der tatsächlichen Fortentwicklung der Arbeitersache, der Verstärkung des Klassenkampfes der Arbeiter hätte diese ganz naturgemäße Zweiteilung nur Nutzen bringen können. Denn das bedeutete ja nur die Säuberung der wirk-

lichen Arbeiterfront von allen Elementen, die dem Klassenkampf im Wege standen und das klare Bewußtsein der Massen trübten, von Elementen, die drüben, auf seiten der Bourgeoisie, dem revolutionären Klassenkampf der Arbeiter immerhin weniger schaden konnten, als in den Reihen der Arbeiter selbst.

Wir selbst hätten ja allerdings der Revolution trotz allen unseren Anstrengungen vielleicht kein unmittelbares Resultat nach unserem Wunsche geben können. Das würde die Geschichte schon besorgt haben. Unsere Pflicht wäre jedoch gewesen, den Versuch zu machen, den Kampf aufzunehmen und so weit als möglich vorzustoßen, um der geschichtlichen Entwicklung unter die Arme zu greifen. Denn auch die Geschichte konnte ja ihr Werk nicht mit leeren Fausthandschuhen verrichten, sie bedurfte der Fäuste entschlossener Kämpfer. Und wenn auch der große Eisgang auf dem Geschichtsstrom des finnischen Klassenkampfes damals noch nicht hätte vonstatten gehen können, wenn auch der damalige Losbruch allem Anschein nach in bürgerlich demokratischer Stagnation stecken geblieben wäre, ähnlich wie das Eis sich auf dem Strom zu großen Haufen aufstaut, so wäre dieser Losbruch immerhin doch ein Schritt vorwärts gewesen. Er hätte die Widerstandskraft der Eisdecke vermindert; der nach Freiheit strebende Strom hätte dann nicht mehr alle seine Kräfte im Kampfe gegen den geschlossenen, breiten Eismantel aufzureiben brauchen, sondern er hätte alle seine gewaltige Kraft nun gegen den sich bildenden Eishaufen richten und so lange auf ihn drücken können, bis dieser hätte weichen müssen. Auf dem Strome ist dies beim Eisgang der allernatürlichste und rascheste Phasenwechsel. Genau so wickelten sich die Dinge in Rußland ab. Und es ist der leichtere Weg. Ein bedeutender Teil der Widerstandskraft des die Gesellschaft umklammernden bürgerlichen Staates bleibt auf diese Weise im entscheidenden Moment unausgenutzt. Wenn dagegen die Eisdecke an allen Stellen sich gleichmäßig bis zum Ende halten und nirgends Risse erhalten würde, so würde der Eisgang auf lange Zeit hinaus aufgehalten werden.

Wir vereitelten den Ausbruch der ersten Bewegung, als wir nach einer Woche das Signal zum Ausbruch des Generalstreiks gaben und die Revolutionsfrage der Entscheidung des Parteitages zu überweisen beschlossen! Infolgedessen herrschte in den Ar-

beitermassen eine allgemeine Unzufriedenheit und sogar eine starke Entrüstung; diese gipfelte wohl nicht in einer offenen Rebellion gegen die Parteileitung, ihre Folge war aber vielleicht noch verderbenbringender für den künftigen Klassenkampf: sie entzog der Führung der Arbeiterbewegung den besten Teil des Vertrauens der Massen. Der Leitung, die des Feuers gegen den dreister werdenden Feind der Arbeiterklasse bedurfte, blieb jetzt nichts mehr als die erkalteten Kohlen des Mißtrauens zu schüren. Die auf diese Weise erzeugte Mißtrauensstimmung und Feindseligkeit machte sich später im Laufe der ganzen Revolution wie ein schwerer Albdruck geltend. Durch sie wurde schon im November die Saat gestreut, die dann in der Auflösung im April ihre Früchte trug. Der Parteitag, der nach einigen Wochen zusammentrat, mußte konstatieren, daß die allerhöchste Welle der Revolution unter Kreuzwind bereits vorübergeflutet war. Die Delegierten des Parteikongresses waren noch dieselben wie die im Frühjahr unter anderen Bedingungen gewählten. Ungefähr die Hälfte von ihnen schien auf dem Standpunkt einer mehr oder weniger unumwundenen revolutionären Handlungsweise zu stehen, die andere Hälfte war dagegen. Wir Zentralisten bemühten uns aus allen Kräften, die Partei vor einer Spaltung zu retten, und dies „gelang" uns denn auch. In der beide Teile verbindenden Resolution wurde nicht ein einziges bestimmtes Wort für oder gegen die Revolution gesagt; dafür aber kehrte sie den Geist des früheren selbständigen Klassenkampfes hervor. Außerdem wurde in ihr an die Bourgeoisie eine Unmenge frommer Forderungen nach allerhand Reformen gestellt und den Arbeitern anheimgegeben, sich zu bewaffnen, — nicht zur revolutionären Offensive, sondern zum notwendigen Selbstschutz.

Die Notwendigkeit des Selbstschutzes wurde allgemach für die Arbeiterklasse auch die allerdringendste Tagesfrage. Denn die Bourgeoisie, die sich überzeugte, daß sie für dieses Mal vor der Revolutionsgefahr gerettet war, rüstete sich nunmehr in klarer Erkenntnis der Lage zum Ueberfall. Sie betrieb ganz offen eine tolle Hetze gegen die Sozialisten, unter der Hand aber entwarf sie ihre Kriegspläne, schaffte sie Waffen herbei, organisierte und exerzierte sie eine weißgardistische Armee und entsandte ihre Agenten ins Ausland mit eiligen Aufträgen. Auf der anderen Seite wurde auch

Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin

die Rote Garde der Arbeiter organisiert, und die Parteileitung nahm Anteil an dieser Arbeit. Diese ging jedoch langsam vonstatten und wurde nicht mit der erforderlichen Energie und Zweckmäßigkeit betrieben. Hier und da drohte der spontane Ausbruch zersplitterter örtlicher revolutionärer Explosionen mit anarchistischen Begleiterscheinungen, so z. B. brach in Abo solch ein Putsch aus.

Von einer parlamentarischen Arbeit war und konnte jetzt für die Arbeiterklasse nichts mehr als nur Schaden zu erwarten sein. Sie lenkte nur ganz umsonst unsere Kräfte ab, die jetzt alle ohne Ausnahme auf die Vorbereitung des herannahenden revolutionären Kampfes verwendet werden mußten. Sie führte jetzt nur irre und hinderte, das zu sehen, was bevorstand, was die Bourgeoisie im Schilde führte und worauf die Arbeiterklasse sich hätte vorbereiten müssen. Als die Revolution im November auszubrechen drohte, wurde auf dem Landtag ein Beschluß der Mehrheit erzielt, nach welchem nur der Landtag — und nicht irgend eine Regierungsklique — einstweilen das Recht haben sollte, über die Regierungsgewalt im Lande zu verfügen. Das sah schon nach einem wirklichen, wenn auch noch schwachen Schritt hin zum „untadelhaften" Demokratismus aus. In der Kommission der Grundgesetze machten wir sogar schon den Versuch, einen ausführlicheren Plan für dieses schöne Staatsgebäude zu entwerfen und faßten den Beschluß, einen künstlerischen Wettbewerb für die schönste Flagge auszuschreiben, mit der man das Dach des finnländischen Staatsgebäudes schmücken sollte.

Da bekamen wir aus dem Munde Svinhufvuds das Grundgesetz des Kapitals zu hören; es enthielt nur einen Punkt: „Strenge Ordnungsmacht!"

Es war eine „schweinische" und blutgierige Konstitution. Doch sie gemahnte an die Wirklichkeit des Klassenkampfes, an Massengewalt, und das zu einer Zeit, da manche Sozialdemokraten von einer demokratischen Konstitution träumten, die sie durch Wahlsiege zu erringen wähnten.

II.

Der Wahn demokratischer Illusionen.

Die finnische Sozialdemokratie trachtete während der Revolution im Winter 1918 nicht danach, aus dem Rahmen des allgemeinen Volksvertretungssystems herauszutreten. Im Gegenteil, sie strebte gerade nach einem möglichst noch allgemeineren Volksvertretungssystem, nach einer möglichst demokratischen Regierungsform. Darauf zielte auch das vom Volksbeauftragtenrat ausgearbeitete Verfassungsprojekt hin, das im Frühjahr zur Volksabstimmung kommen sollte. Laut diesem Projekt sollte die oberste Staatsgewalt einer auf breiter demokratischer Basis gewählten Volksvertretung gehören; die Regierung war bloß ein Vollzugsausschuß ohne einen mit dem Rechte selbständigen Handelns ausgestatteten Präsidenten; dieser Vollzugsausschuß handelte unter der regulären und strengen Kontrolle der Volksvertretung; das Recht der Volksinitiative sollte recht breite Anwendung finden, das Referendum jedoch nur in Fragen, die direkt die Konstitution betreffen; die Beamten sollten ihre Plätze auf bestimmte Zeit innehaben, die höheren Beamten durch die Volksvertretung gewählt werden.

Natürlich war eine solche Verfassung auch für den Volksbeauftragtenrat nicht Selbstzweck, sondern sollte nur als politischer Rahmen für die Verwirklichung sozial-ökonomischer Bestrebungen dienen. Innerhalb dieses Rahmens sollte die Möglichkeit zur Herbeiführung sozialer Reformen auf dem Wege zum Sozialismus gegeben werden, zur Durchführung von Maßnahmen, aus denen letzten Endes die sozialistische Gesellschaft entstehen sollte.

Diese Idee erschien damals unter den finnischen Verhältnissen gar nicht so unmöglich. Es schien, als ob die demokratische Verfassung in Finnland der Volksvertretung eine Mehrheit garantieren könnte, die zur Hälfte direkt den Sozialismus gefordert und zur anderen Hälfte sich aller Wahrscheinlichkeit nach der Einführung von vorsichtigen Reformen, die zu dieser Gesellschaftsordnung führen, nicht widersetzt haben würde. Die Gegner des Sozialismus wären in dieser Volksvertretung zur ohnmächtigen, lahmgelegten Minderheit verdammt gewesen. So dachten wir.

Wenn man den damaligen Stand des ökonomischen Lebens in Finnland berücksichtigt, klingt solch ein Gedanke gar nicht so unwahrscheinlich. Ungeachtet dessen, daß die kapitalistische Entwicklung Finnlands nicht weit vorgeschritten ist, hätte der größere Teil der Produktionsverhältnisse des Landes dank der Einfachheit ihrer Struktur verhältnismäßig leicht erfaßt werden können, leichter als die Volkswirtschaft mancher weit vorgeschrittener Länder. Die Holzverarbeitungs- und Papierindustrie bildet in Finnland in bezug auf ihren Produktivwert geradezu den überwiegenden Teil der gesamten kapitalistischen Industrie. Der allergrößte Teil (ungefähr neun Zehntel) aller Waldungen war schon von früher her fiskalisch. Die Papierindustrie ist sehr konzentriert: die Konfiszierung von ein paar Dutzend der größten Unternehmungen wäre unzweifelhaft fast der Konfiszierung dieses ganzen Industriezweiges gleichgekommen. Ebenso befindet sich der größte Teil der Sägemühlenindustrie in den Händen verhältnismäßig weniger großer Aktiengesellschaften, die sich noch dazu keiner Sympathie, besonders nicht unter den bäuerlichen Landbesitzern, erfreuten. Die Konfiszierung von im ganzen ungefähr 200 Unternehmungen durch den Staat hätte man mit sehr viel Recht als ausschlaggebend für die Vorherrschaft des Staates in diesen Industriezweigen bezeichnen können, und das würde wiederum eine beispiellose indirekte Beeinflussung der übrigen Gebiete des Kapitalismus durch den Staat bedeutet haben. Die Umwandlung der Staatsbank in die einzige oder doch wenigstens vorherrschende Handels- und Industriebank und die Konzentrierung des gesamten Außenhandels in den Händen des Staates, die durch die Kriegsbedingungen einfach eine Tagesfrage geworden war, hätten obendrein zur Genüge die Umwandlung des Staates in eine die ganze Volkswirtschaft des Landes leitende Maschinerie ergänzt. Der Staat wäre in diesem Falle zwar der erste Kapitalist im Lande gewesen, doch schon nicht so sehr ein Staat, den die Kapitalisten und die Bourgeoisie leiten, nicht mehr deren Klassenorganisation, sondern ein „Volksstaat", in welchem sie, da sie sich in der Minderheit befanden, keine ausschlaggebende Macht mehr hatten. Die ausschlaggebende Macht mußte fest in den Händen der arbeitenden Volksmehrheit liegen, die dieselbe entsprechend ihren Interessen zur Umwandlung der ökonomischen Staatstätigkeit in eine Tätigkeit benutzen würde, die

der Arbeiterklasse mehr und mehr von Nutzen wird, um auf diesem Wege den bürgerlichen Staat in die sozialistische Gesellschaft zu verwandeln.

Solch eine Politik eben hatte der finnische Volksbeauftragtenrat offenbar im Auge. Jedenfalls war ein Teil seiner Mitglieder der Ansicht, daß die Mehrheit der demokratischen Volksvertretung der Konfiszierung der Holzbearbeitungs- und Papier-Großunternehmungen im obenangeführten Umfange und der Unterordnung des Außenhandels unter Staatsleitung zustimmen würde; aus diesen Maßnahmen würde sich ebenfalls die Stellungnahme zur Staatsbank ergeben haben. Was eingetreten wäre, wenn der deutsche Imperialismus den finnischen Kapitalisten nicht zur Hilfe gekommen wäre und die Arbeiterklasse in ihrem Kampfe gesiegt hätte, — darüber jetzt Vermutungen auszusprechen, ist schwer und auch zwecklos. Doch auch ohne diese zweifelhaften Vermutungen kann man jetzt sehen, daß die Idee des politischen Demokratismus, die der Volksbeauftragtenrat verfolgte, historisch unberechtigt war.

Sie wollte eine Brücke, eine Uebergangsstufe vom Kapitalismus zum Sozialismus bauen. Doch dazu war der Demokratismus untauglich.

Schon während der Revolution machte sich das fühlbar. Diese Idee taugte weder für die Bourgeoisie noch für die Arbeiterklasse, — das f ü h l t e man, obgleich keine der beiden Seiten sich gegen sie aussprach. Die Bourgeoisie hielt es nicht für dienlich, gegen den Demokratismus hervorzutreten, und die Arbeiterklasse, diese selbe Arbeiterklasse, die in den Jahren 1904, 1905 und 1906 in stürmischer Erregung für den Demokratismus gekämpft hatte, verhielt sich jetzt zu ihm überaus gleichgültig. Für beide Seiten taugte jetzt nur die Diktatur, der Bourgeoisie die weiße, der Arbeiterklasse die rote. Beide Seiten fühlten deutlich, daß der Vorschlag des Demokratismus im Grunde ein Kompromißvorschlag war. Doch weder die eine noch die andere Seite wünschte einen Kompromiß, einen Ausgleich. D i e e i g e n e M a c h t war für beide Seiten viel erwünschter als irgend eine sogenannte Volksmacht.

Die Volksmacht, die Demokratie war für Finnland die Konstitution des v e r g a n g e n e n Jahres. Die russische bürgerliche Revolution hatte sie uns im März gegeben. Sie bestand nicht auf

dem Papier, nicht in einem allgemein anerkannten Grundgesetz, doch sie bestand in Wirklichkeit. Es war kein reiner Demokratismus, bei weitem nicht ein so schöner, wie ihn später der Entwurf des Volksbeauftragtenrates plante, doch er war so gut, wie es überhaupt ein Demokratismus in einer bürgerlichen Republik jemals sein kann. Weiter den Weg des Demokratismus, mit anderen Worten des „friedlichen Klassenkampfes" zu gehen, war historisch unmöglich.

Jetzt, nach allem Vorgefallenen, ist es leicht, diese wichtige Beobachtung anzustellen. Im vorigen Jahre war dies in Finnland bedeutend schwerer. Die verhältnismäßige Schwäche der finnischen Bourgeoisie, ihre Schwäche im parlamentarischen Kampfe und der Umstand, daß sie über keine Armee verfügte, hat uns Sozialdemokraten zu verleiten vermocht, uns von der Fata Morgana des Demokratismus bezaubern zu lassen, nach dem Sozialismus auf dem Wege des parlamentarischen Kampfes und der demokratischen Volksvertretung zu streben und damit also gerade den Weg zu gehen, auf dem die geschichtliche Wirklichkeit nicht gehen konnte; wir wurden zu dem Bestreben verleitet, die sozialistische Revolution zu vermeiden, die Zwischenstufe zwischen Kapitalismus und Sozialismus — die Diktatur des Proletariats — zu umgehen, die die geschichtliche Wirklichkeit nicht umgehen kann.

Der Demokratismus vom vorigen Jahre schien uns das richtige Programm nicht nur der vergangenen, sondern auch der zukünftigen Geschichte zu sein. Er schien uns nur zu unvollständig und schwach für die Schaffung des Sozialismus. Zu diesem Zweck wollten wir ihn ergänzen und vervollständigen. Ja, er war schwach, viel zu schwach. Wir bemerkten nicht, daß er so schwach war, daß er sich überhaupt nicht stärken ließ. Die Schwäche war seine Haupteigenschaft; sie ist überhaupt die Haupteigenschaft des Demokratismus im bürgerlichen Staate. Zwar war er auch zur Unterstützung der Bourgeoisie zu schwach, doch noch schwächer war er für die Arbeiterklasse. Sein einziger historischer Vorzug — ein Vorzug für beide Seiten, also ein sich selbst widersprechender Vorzug — bestand in der Eigenschaft, die von je den Vorzug des Demokratismus gebildet hatte, nämlich darin, daß er für den Klassenkampf die Möglichkeit schuf, sich verhältnismäßig

frei zu entwickeln. Er gab ihm die Möglichkeit, sich bis zu einem solchen Grade von Anspannung zu entwickeln, bei dem nur noch die Möglichkeit einer Entscheidung mit der Waffe in der Hand geblieben ist, d. h. wo die geschichtliche Aufgabe eben dieses Demokratismus sein mußte: zu verschwinden als eine überflüssige, alte, verfaulte Schranke zwischen zwei aufeinander losstürmenden Fronten.

III.

Der blutige Kampf unter einer Abendmahlslosung.

Als die finnische Bourgeoisie Ende Januar ihren Weißgardisten das Kommando zum Vormarsch gab, gerieten die Sozialdemokraten außer sich und riefen zum Schutz der Demokratie auf. „Die Bourgeoisie hebt den Demokratismus auf, vernichtet ihn", — rief man im Lager der Sozialdemokraten; „Wache heraus! Die Demokratie ist in Todesgefahr!" Und so war es in der Tat. Die Bourgeoisie wollte ein für allemal ihre Ohnmacht abschütteln, sich aller Schranken des Demokratismus entledigen, die für sie wohl keine Gefahr bedeuteten, wohl aber ihr die Ellbogenfreiheit nahmen; sie wollte ihre nackte Klassenherrschaft, die schrankenlose Freiheit des Raubes, die „strenge Ordnungsmacht", wie man sich damals ausdrückte, — die Republik (oder Monarchie, wie sich dann herausstellte) der Henker aufrichten.

Das wollte die Bourgeoisie. Die Sozialdemokratie antwortete darauf mit der Revolution. Doch unter welcher Parole? Unter der Parole der Arbeitermacht? Nein, unter der Parole des Demokratismus. Eines solchen Demokratismus, der nicht wieder genommen werden könnte.

Diese unsere Stellungnahme war vom sozialen Gesichtspunkt unklar, vom historischen eine Utopie. Ein derartiger Demokratismus, der nicht wieder vernichtet werden konnte, existierte nur auf dem Papier. In der in Klassen eingeteilten Gesellschaft hat es einen solchen Demokratismus noch nie gegeben und kann es auch in ihr nicht geben. Die ausbeutende Klasse hat beim

Demokratismus immer noch dem Volke die Macht vorenthalten. Wenn das kapitalistische Ausbeutungssystem im ökonomischen Leben auch fernerhin in Kraft bleiben sollte, so war ein Demokratismus unmöglich, bei welchem das Proletariat die regierende Klasse sein und durch den Staat der kapitalistischen Ausbeutung die Axt an die Wurzel legen würde. Und wiederum, wenn das kapitalistische Wirtschaftssystem schon zerstört werden konnte, so war der Demokratismus für diesen Zweck überflüssig, untauglich und unmöglich. Im ersteren Falle würde die demokratische Verfassung, wenn sie wirklich auf dem Papier festgestellt wäre, nur ein Schirm für die Klassenherrschaft der Bourgeoisie sein und sie im weiteren nur ein wenig hindern und beschränken. Im letzteren Falle würde sie ebenfalls ein Schirm und ein Hindernis für die Herrschaft der Arbeiterklasse bilden. Ein wirklicher Demokratismus würde weder in dem einen noch im anderen Falle zustande kommen. In der in Klassen gespaltenen Gesellschaft kann es nur zwei Zustände des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen geben: der eine ist der Zustand der Unterdrückung, der mit Gewalt aufrechterhalten wird (durch bewaffnete Macht, Gesetze, Gerichte und andere Gewaltmaßregeln), ein Zustand, in welchem der Kampf der unterdrückten Klassen erstickt und in einen stillen Kampf verwandelt ist (in einen unterirdischen oder legalen, anarchistischen oder parlamentarischen und gewerkschaftlichen); der andere Zustand ist der Zustand des offenen Klassenkampfes, — der Revolution, während welcher durch bewaffneten Zusammenstoß entschieden wird, welche Klasse von nun an die herrschende, welche die unterdrückte sein soll.

Als die finnische Bourgeoisie die Arbeiterklasse zum offenen Gefecht um die Klassenherrschaft herausforderte, hatte diese die Wahl zwischen zwei ganz bestimmten Stellungen: entweder die Herausforderung anzunehmen und sich zum revolutionären Kampf um die Arbeitermacht zu erheben, oder sich der Bourgeoisie auf Gnade oder Ungnade zu ergeben, ihre eigene Schwäche einsehend oder unter Verrat der eigenen Klasse. Die finnische Arbeiterpartei wählte weder die eine noch die andere Position. Sie erfüllte zwar ihre Kampfespflicht, da sie sich zum Kampfe erhob, — doch nicht zum klarbewußten revolutionären, sondern nur zum Verteidigungskampf. Man sprach zwar von der

Revolution und in der Tat wurde ja auch ein regelrechter revolutionärer Kampf geführt, jedoch mit verbundenen Augen, ohne Erkenntnis des wahren Charakters dieser sozialen Revolution. In der Hitze des Kampfes sprach man noch von der Demokratie, von derselben Demokratie, mit der man unzertrennbar den Begriff der Vermeidung des bewaffneten revolutionären Kampfes verband. So schritt man zur Revolution — eigentlich um die Revolution zu vermeiden.

In unserem Kampfesprogramm bildete dies einen ganz außerordentlichen organischen Fehler, den wir jetzt, da wir ihn begreifen, offen eingestehen müssen, dessen wir uns jedoch seinerzeit nicht bewußt waren. Wir begriffen nicht, daß, als der revolutionäre Kampf losbrach, auch das Proletariat den Demokratismus zur Seite warf, ihn als lästigen Ballast aus seinem Programm ausstrich und an seine Stelle die Gewalt setzte. Wenn die finnische Arbeiterschaft die Herausforderung der Bourgeoisie nicht angenommen und sich ruhig hätte hinmetzeln, niederschießen und in Ketten schmieden lassen, in diesem Falle wäre das Programm der demokratischen Schutz- und Rechtsforderungen am Platze gewesen. Doch an jenem Januartage, als der Arbeiter seine Hand gegen seinen geschworenen Feind erhob, entledigte sich diese Hand der lästigen Schranken des Demokratismus. Nach diesem Tage bedeutete das Beharren auf dem demokratischen Programm historisch einen Schritt zurück; genau so verhielt es sich mit dem „für die Arbeiter vorteilhaften" Demokratismus, der in dem Verfassungsentwurf des Volksbeauftragtenrats enthalten war.

Der Umstand, daß die Vertreter irgend einer Klasse in der Revolution oder überhaupt im Klassenkampfe sich nicht des wirklichen Zieles ihres Kampfes bewußt sind, bedeutet durchaus nicht die Verneinung des Kampfes und die direkte Führung zur Niederlage, bedeutet auch nicht das Zuwiderhandeln den Interessen ihrer Klasse gegenüber oder den bewußten oder unbewußten Verrat. Der Kampf selbst stellt eine historische Tatsache dar, das Hauptmoment, das das wirkliche Resultat herbeiführt und bestimmt, und jeder, der nach dem Maße seiner Kräfte Anteil an dem revolutionären Kampfe der sich erhebenden Klasse nimmt, hilft dadurch der Sache dieser Klasse, mit welchen geschichtswidrigen Illusionen sein Kopf auch angefüllt sein mag. Ebenso hat auch die finnländische Sozialdemo-

kratie, als sie ihre Kampfespflicht erfüllte und dem Kampfe nicht auswich, die Sache ihrer Klasse nicht schnöde verraten, hat durch ihren Kampf das Programm der sozialistischen Revolution tatsächlich unterstützt, obgleich sie auch das alte fadenscheinige Programm des Demokratismus zu ihrer Fahne erhob.

In der Geschichte der Revolutionen der Welt ist es mehr als einmal vorgekommen, daß die führenden Kämpfer einer revolutionären Klasse eine Parole aufstellten, die gar nicht dem wirklichen, objektiven, historischen Ziele ihres Kampfes entsprach. Die Unklarheit der Losungen war im Gegenteil aus Mangel an sozialer Erkenntnis die Regel in den Revolutionen der verflossenen Jahrhunderte. Meistens verdankten die revolutionären Losungen ihre Entstehung zufälligen Umständen oder waren nichts als Schlagworte der alleroberflächlichsten, kurzsichtigsten Politik, Schlagworte, mit denen sich häufig noch ein bizarrer und sinnverwirrender Symbolismus verquickte.

Denken wir z. B. an die böhmische Hussitenbewegung zurück, in der in Wirklichkeit ganz offensichtlich auch ein Kampf um Klasseninteressen geführt wurde. Was die damaligen Losungen anbetrifft, so stritt man hauptsächlich darum, ob das heilige Abendmahl in beiderlei Gestalt, Brot und Wein, verabfolgt werden sollte. Das demokratische Programm der finnischen Sozialdemokratie stellte in der finnischen Revolution vom Winter 1917–1918 eben ein solches „Abendmahls"-Programm dar. Dieses Programm hinderte die finnische Sozialdemokratie nicht, am Kampfe teilzunehmen, doch das Programm als solches brachte der Revolution keinen Nutzen. Wenn ein ungeübter Seemann sein Schiff in einer falschen Richtung führt, die ihn bei Windstille ganz auf Irrwege oder Umwege leiten würde, und ihn der starke Sturm unmerklich für ihn doch in die richtige Bahn treibt, so hat der Seemann diesen glücklichen Ausgang ganz gewiß nicht seiner Klugheit zu verdanken, sondern dem Sturme. Der Seemann hat auf der Fahrt zwar seine Pflicht nach besten Kräften erfüllt, jedoch wußte er nicht mit den Karten und dem Kompaß umzugehen, die ihm dazu hätten dienen sollen, den Kurs in der richtigen Richtung zu halten.

Für eine moderne sozialdemokratische Partei, deren Tätigkeit sich auf eine marxistische, ergo wissenschaftliche Schulung stützen sollte, war es nicht gerade ehrenvoll, auf die Barrikaden das Symbol des Abendmahlweins aufzupflanzen. Und was noch schlimmer ist: hieraus erwuchs dem Kampfe ein Hindernis und eine Schwäche. Das klare Bewußtsein seines Zieles vergrößert schon an und für sich die Kraft und die Energie des Kämpfers, Mangel an Bewußtsein erzeugt leicht Unsicherheit, Zaudern und Schwäche. Genau so verhielt es sich mit der Revolution in Finnland. Es wurde nicht genügend auf Ordnung acht gegeben. Selbst in Helsingfors hatte man der Bourgeoisie zu viel Freiheit zum Intrigieren gelassen. Die Haussuchungen und Verhaftungen der Schuldigen wurden nicht mit der genügenden Energie vorgenommen. Schuldige Konterrevolutionäre wurden nicht genügend streng bestraft. Die Arbeitspflicht wurde nicht rechtzeitig für die nichtstuenden Herrschaften eingeführt. Höchstwahrscheinlich wäre man strenger zu Werke gegangen, wenn wir als klar bewußtes Ziel der Revolution von vornherein die Arbeiterdiktatur proklamiert hätten. Aber gerade das Fehlen eines solchen Zieles trug in unsere Tätigkeit eine gefährliche Halbheit, die der intrigierenden Bourgeoisie Mut einflößte, während sie auf der anderen Seite die anarchistischen Elemente, die sich der Roten Garde angeschlossen hatten, veranlaßte, auf eigene Faust zu handeln, allerhand blutige Ausschreitungen, Plündereien usw. zu veranstalten; diese Disziplinlosigkeit verfehlte wiederum nicht, Verwirrung in unseren eigenen Reihen hervorzurufen.

Natürlich hing nicht von diesen Umständen der unglückliche Ausgang des revolutionären Kampfes in Finnland ab. Die Niederlage war nicht mehr zu vermeiden, als die deutsche Regierung die Henkersrolle auf sich nahm. Doch wenn diese deutsche Einmischung nicht gewesen wäre, was wäre dann geschehen? Bestimmt können wir das nicht sagen, doch es ist sehr möglich, daß in diesem Falle der Endausgang des Kampfes ganz wesentlich davon hätte abhängen können, ob die revolutionäre Ordnung in der Form einer strengen und auf längere Zeit berechneten Diktatur angewendet wurde, oder aber in der Form einer humanen Zwischenstufe zum friedlichen Hafen des angeblich nahen Demokratismus, — das heißt indirekt wenigstens teilweise davon, was für ein Banner oder was für ein Symbol die sozialdemokratische Revolutionsleitung aufgepflanzt hätte. Auf jeden Fall hätte der Ausgang des Kampfes an einem Haar gehangen.

Einfluß auf die Taktik und das Programm des Volksbeauftragtenrats und überhaupt der finnischen Sozialdemokratie während der Revolution übte auch sicher der Gesichtspunkt aus, daß es notwendig gewesen sei, auf die Sympathien der kleinbürgerlichen und bäuerlichen Schichten der Bevölkerung, die der Arbeiterklasse nahestanden, Rücksicht zu nehmen, daß man diese nicht mit dem Sozialismus und der Arbeiterdiktatur abschrecken und dadurch von sich abstoßen dürfe, sondern mittels Demokratismus und der Humanität beruhigen und ihre Gunst erwerben müsse. Das war eine parlamentarische Wahltaktik, jedoch keine revolutionäre Handlungsweise. In der Revolution erwies sich die vermeintliche Weisheit dieser Taktik als ein verhängnisvoller Fehler. Die stillen und ungewissen Sympathien der kleinbürgerlichen Elemente hatten und konnten auf den Gang des Kampfes keinen nennenswerten Einfluß ausüben. Die Energie des Kampfes hängt ganz von der Arbeiterklasse ab, von ihrem Feuer, ihrer Energie und Tapferkeit und von ihrem Vertrauen in die Revolutionsleitung. Doch das Feuer der Arbeiter wurde durch die Losung des Demokratismus eher gedämpft als geschürt; sie rief in ihnen eher eine Enttäuschung hervor, als daß sie das Ziel bildete, für das der Arbeiter mit Freuden sein Leben hergegeben hätte. Die klaren Losungen der Klassendiktatur und des Sozialismus hätten die Gemüter der Arbeiter ganz anders zu entflammen vermocht. Sie hätten ganz klar gefühlt, daß man sie wirklich v o r w ä r t s führt, geradezu auf das allerhöchste historische Ideal. Und wenn sie gesehen hätten, daß die Revolutionsleitung mit der Bourgeoisie mit derselben Strenge verfährt, mit der man im Moment des blutigen Klassenkampfes notwendigerweise gegen den Feind und Bedrücker verfahren muß, der nun selbst, und mit vollem Recht, sich in der Lage des Bedrückten befindet, — bei diesem Anblick hätte sich in der Arbeiterarmee das Vertrauen in die Kameraden an den leitenden Stellen befestigt.

Das feurige Vertrauen der Arbeiter ist für eine Arbeiterpartei, die den revolutionären Kampf leitet, teurer als Gold. Wenn man ihren Sieg und nicht ihre Niederlage wünscht, darf man es nicht umsonst vergeuden.

IV

Die Logik des Sturmes.

Die proletarische Revolution ist vor allen Dingen ein großes Organisationsproblem. Die Administration muß zu einem Apparat der proletarischen Klassenherrschaft umgebildet werden; die proletarische Armee muß zu einer festen Stütze dieser Macht gemacht und der Klassenkampf siegreich geführt werden; gleichzeitig muß das ökonomische Leben auf sozialistischer Grundlage organisiert werden.

Die reiche Erfahrung, die wir in der finnischen Revolution bei der Lösung dieser organisatorischen Probleme sammeln konnten, fordert eine separate Bearbeitung, die hier vorzunehmen wir nicht die Absicht haben. Wir brauchen hier nur die Richtung festzulegen, in der sich nach unserer Erfahrung die Organisationsarbeit der proletarischen Revolution zu bewegen hat.

In der Organisierung der Regierung sind wir, wie die Praxis ergibt, den richtigen Weg gegangen, hauptsächlich infolge des allgemeinen Ausstandes der Beamten. Allen unseren demokratischen Irrlehren zum Trotz befanden sich alle staatlichen und Kommunalverwaltungen in den Händen der organisierten Arbeiterschaft, da die früheren Beamten fast überall in den Ausstand getreten waren. In einigen Verwaltungszweigen blieb ein unbedeutender Teil auf ihren Posten, jedoch nur um entweder Sabotage zu treiben oder im geheimen den Weißen Spitzeldienste zu leisten, wie das z. B. auf den Eisenbahnen, der Post, dem Telegraph und den Telephonzentralen der Fall war. Es wäre vielleicht besser gewesen, wenn man auch aus diesen Verwaltungszweigen die als Anhänger bürgerlicher Parteien bekannten Angestellten vertrieben hätte, wenn darunter selbst die Kommunikationen gelitten hätten. Auf alle Fälle ist es äußerst gefährlich, solange der richtige Frontenkampf andauert, auf den Eisenbahnen und in den Telegraphenämtern die Dienste nur auf Verrat sinnender Elemente zu dulden; die Telephone können der sich im Rücken der Arbeiterklasse befindenden Bourgeoisie die besten Dienste bei der Kriegsspionage leisten, so daß es vielleicht überhaupt besser wäre, ihre Benutzung während des offenen Klassenkampfes bis auf das äußerste Minimum zu beschränken,

da es sowieso unmöglich ist, eine vollständige Kontrolle der Gespräche zu organisieren.

Auf dem Gebiete der Produktion drängte der allgemeine Ausstand der Unternehmungsleiter und technischen Kräfte die Organe der revolutionären Bewegung auf den von den Arbeitern gewünschten Weg und nötigte sie zu Sozialisierungen in weit schnellerem Tempo und größerem Maße, als dies unsere Sozialdemokratie anfangs vorhatte. Vor allen Dingen übernahm die organisierte Arbeiterschaft selbstverständlich die fiskalischen und kommunalen, und bald darauf auch die großen kapitalistischen Unternehmungen, u. a. die Papier- und Holzbearbeitungsfabriken, die dem größten kapitalistischen Unternehmen des Landes, der Aktien-Gesellschaft Kümene gehörten. Uebrigens bereitete die Inbetriebsetzung der von den Kapitalisten ihrem Schicksal überlassenen Betriebe den Arbeitern keine unüberwindlichen Schwierigkeiten; der Mangel an technisch gebildeten leitenden Kräften hätte sich später ohne Zweifel viel stärker bemerkbar gemacht als zu Anfang; immerhin deutete die Erfahrung schon mit hinreichender Klarheit darauf hin, daß die finnische Arbeiterschaft, ungeachtet dessen, daß sie nur über geringe Hilfskräfte verfügte, wohl imstande gewesen wäre, die Produktion des Landes auf die Beine zu bringen. Aus der Mehrzahl der Fabriken, die durch die Arbeitermacht in Betrieb gesetzt wurden, liefen nach einiger Zeit Mitteilungen ein, daß der Betrieb über alles Erwarten gut vonstatten ginge.

In der Organisierung des Klassenkampfes selbst und der Roten Armee wurden dagegen Fehler begangen; es wurde nicht genügend folgerichtig gehandelt und offensichtliche Mängel wurden nicht beseitigt. Alle diese Unzulänglichkeiten entsprangen zu einem bedeutenden Teil dem Mangel an Erfahrung und technischer Gewandtheit, zum Teil aber auch dem Umstande, daß auf die Organisierung des Kampfes zu wenig Gewicht gelegt wurde. Die Ausbildung vor dem Ausrücken in den Kampf war nicht durchgreifend, nicht zweckmäßig und energisch angepackt. Sogar die Festnahme der bürgerlichen Führer wurde nicht im voraus vorbereitet, und auf diesem Gebiete wurde sogar während des Bürgerkrieges keinerlei System erzielt. Die Rote Armee wurde anfangs ausschließlich aus freiwillig sich meldenden, organisierten Arbeitern zusammengestellt; dann wurden auch unorganisierte Arbeiter zugelassen, an manchen Orten wurden sie auch zwangsweise eingereiht, an anderen Orten wurden schließlich allgemeine Mobilisationen durchgeführt, wobei auch Angehörige der bürgerlichen Klasse mit der Waffe in der Hand an die Front geschickt wurden. Es wäre sicher zweckmäßiger gewesen, gleich von Anfang an zu Mobilisierungen unter dem ganzen Proletariat zu schreiten und alle waffenfähigen Männer oder bestimmte Jahrgänge in die Armee einzureihen. Die Löhnung der Soldaten, die dem über-mittelmäßigen Lohn entsprach, hätte nicht so hoch angesetzt werden sollen. (Mit der Organisierung öffentlicher Arbeiten hätte man warten sollen, bis die Armee keine Leute mehr brauchte.) Die Verpflegung der Roten Armee war zwar befriedigend, nur der Mangel an Schuhzeug war groß, zum Teil auch der Mangel an Bekleidung. Die Beförderung, Aufbewahrung und pünktliche Zustellung von Waffen und Kriegsmaterial war besonders im Anfang schlecht organisiert, und auch später gelang es nicht, dieses Problem befriedigend zu lösen. Die meisten Mängel hatte vielleicht die Aufklärung aufzuweisen. Die Einrichtung besonderer Aufklärungsabteilungen im Rücken der Front war offenbar ein Fehler; die Dienste solcher Abteilungen konnten den Kriegsoperationen nur hinderlich sein und sie gefährden. Der Umstand, daß durch die Abteilungen an der Front kein Aufklärungsdienst organisiert wurde, der auch den allerbescheidensten Anforderungen gerecht geworden wäre, steht sicher in engem Zusammenhang mit dem Hauptmangel, unter dem unsere Rote Armee litt. Das war der Mangel an fähigen, zuverlässigen, akkuraten und geschulten militärischen Führern. Es hatte schon früher keine geschulten Kräfte gegeben, da das Land lange Zeit keine eigene Armee gehabt hatte; die Arbeiterklasse verfügte nur über eine geringe Anzahl früherer Unteroffiziere. Sogar eine unvollständige Vorbereitung von Offizieren vor der Revolution hätte für den Kampf sicher einen großen Vorteil bedeutet; doch eine solche Ausbildung war eben damals nicht organisiert worden, ja sogar während der Revolution wurde sie nicht besonders betrieben. Alles hing geradezu von dem Zufall ab, was für ein Mensch gerade auf diesen oder jenen Kommandoposten kam. Es gab zwar auch tüchtige Leute, viele ganz vorzügliche Leute, die im Laufe einer kurzen Frist durch Erfahrung ihrer Aufgabe gerecht wurden und aus ihren Abteilungen Musterorganisationen schufen. Doch unter anderen gelangten

auch ihrer Aufgabe nicht gewachsene und schlechte Elemente auf die Kommandoposten und in die Stäbe; zwar gab es unter ihnen im allgemeinen keine Verräter, jedoch nicht wenige Schwätzer, die niemals zu einer anständigen organisatorischen und leitenden Tätigkeit fähig gewesen waren und die auch jetzt dazu nicht fähig waren, obwohl sie sich während der allgemeinen Gärung hervorgetan hatten. Wenn die durch unsere Arbeiterbewegung damals emporgekommenen erfahrenen Organisatoren mehr und mehr und mit größerem Eifer Anteil an der militärischen Leitung und Organisationsarbeit genommen und ihr nicht ausgewichen wären, wie das häufig vorkam, so wäre ohne Zweifel die Leitung des Klassenkrieges von uns aus besser organisiert worden. Dann hätte die provokatorische Aufwiegelungsarbeit, die die Bourgeoisie in unseren Reihen mittelst gemieteter Agenten betrieb, nicht so viel Mißtrauen gegen die militärische Leitung säen können. Eine solche Aufwiegelungsarbeit stellt im Klassenkriege sicherlich das heimtückischste und gefährlichste Gegenmittel in den Händen der Bourgeoisie dar, und je größer unter den Truppenchefs die Zahl derjenigen Elemente ist, die erst durch die Revolution an die Oberfläche gekommen sind und deren Vergangenheit bekannt ist, um so leichter sind die Massen bei Mißerfolgen geneigt, in ihren Führern Verräter zu sehen.

Auch die allgemeine Führung des Klassenkrieges unsererseits liefert ohne Zweifel viele Anlässe zur Kritik. Der Umstand, daß anfangs nicht energisch und weit genug vorgegangen wurde, war allerdings im wesentlichen Maße durch den Waffenmangel bedingt, wenn auch nicht allein durch ihn. Als dann die Waffen eintrafen, waren nicht genügend ausgebildete Truppen vorhanden; die Wochen, die uns zur Verfügung gestanden hatten, wurden zur Formierung und Ausbildung neuer Abteilungen ungenügend benutzt, da man anfangs nicht mit einem längeren, einige Monate dauernden Klassenkrieg gerechnet hatte. Eine rationelle Arbeitseinteilung zwischen den einzelnen Abteilungen wurde nicht erzielt. Meistens kämpften unsere Truppen die ganze Zeit ohne Reserven, was bald ermüdend und gefährlich für sie wurde. Unsere Fronten hielten Angriffe des Feindes meistens gut aus, wir waren jedoch aus Mangel an Reserven und speziellen Stoßtruppen nicht fähig, selbst starke Vorstöße zu unternehmen. Als wir auf unserer Nordfront einen Vorstoßversuch längere Zeit fortsetzten, bildete sich dort, nördlich

von Tammerfors ein großer und gefährlicher Vorsprung, der auf beiden Flanken fast gänzlich ungeschützt blieb. Dieser Vorsprung erforderte fünf bis sechs mal mehr Kräfte, als eine ausgerichtete, widerstandsfähige Verteidigungsfront nördlich von Tammerfors erfordert hätte. Dieser taktische Fehler sollte sich nur zu bald rächen. Der Flankenangriff der Weißen rief in den ermüdeten Truppenteilen am Ende der Vorsprungsfront Verwirrung hervor und bewirkte einen derart unordentlichen Rückzug, daß es dem Feind leicht wurde, Trammerfors zu umzingeln und die Front auf die Südseite dieser Stadt hinüberzutragen.

Dabei war die Stimmung unserer Truppen ohne Zweifel schon durch die Kunde herabgesunken, daß die deutsche Regierung der finnischen Bourgeoisie zu Hilfe kam und für den ersten Anfang Kriegsschiffe nach den Alandsinseln schickte, um die Waffenzufuhr und Aussetzung von Hilfstruppen zu decken. Von den Alandsinseln aus wurde später dann auch die Landung von deutscher und finnischer weißer Garde in Hangö, direkt im Rücken unserer Armee vorbereitet. Die russischen Offiziere taten ihrerseits alles, damit den Ankömmlingen auf den Außenbefestigungen von Hangö wie auch auf den Alandsinseln kein Widerstand geleistet wurde; die russische Verteidigung wurde fortgeführt, doch die Befestigungen den finnischen Revolutionären nicht übergeben. Diese Landung, der unsere Truppen an Stärke nicht mehr gewachsen waren, brachte Helsingfors in direkte Gefahr und machte die Verteidigung von ganz Südwestfinnland hoffnungslos. Es wurde sofort zur Räumung Südwestfinnlands geschritten, in der Absicht, sich nach Osten zurückzuziehen, ungefähr auf die Linie des Flusses Kümene. Doch da erwies sich, daß an Orten, an denen der Feind nicht angriff, es schwer war, die Truppen zum Rückzug zu bewegen. Während unsere Räumung und der Rückzug nur zögernd vonstatten gingen, dirigierte der Feind große Angriffskräfte nach Ostfinnland, um uns den Rückzug nach Rußland abzuschneiden. Den Ansturm dieser internationalen weißgardistischen Kräfte abzuschlagen, wurde für uns in der zweiten Hälfte des April ein Ding der Unmöglichkeit. Und als unsere Front in Karelien durchbrochen wurde, erwies sich der größte Teil unserer Roten Armee als umzingelt. Nicht mehr als 4—5000 Mann aus unserer ganzen revolutionären Armee schlugen sich nach Rußland durch.

Die finnische Bourgeoisie ging zuerst die schwedische Regierung um Hilfe an. Sie empfing auch die ganze Zeit aus Schweden Waffen und Kriegsmaterial, doch gelang es ihr aus dem einen oder anderen Grunde nicht, ein Abkommen über ein aktives militärisches Eingreifen mit der schwedischen Regierung abzuschließen. Anstatt dessen versuchte die schwedische Regierung während der Revolution, sich die Finnland gehörigen Alands-Inseln anzueignen. Als später die Niederlage unserer Roten Armee von Schweden aus schon als unvermeidlich angesehen werden konnte und es sich bloß noch darum handelte, das direkte Henkerwerk zu verrichten, schickte Schweden seine „schwarze Brigade" nach Trammerfors, um das Blut der revolutionären Arbeiter zu trinken. Diese Tatsache hat jedoch, wie wir sehen, die schwedischen Regierungssozialisten nicht gehindert, treue Handlanger der bürgerlichen Parteien zu bleiben. Noch vor der Ankunft der schwarzen Brigade suchte uns in Helsingfors eine offiziöse Delegation der schwedischen Regierungssozialisten auf, in deren Namen uns der Sekretär der Partei, Möller, erklärte, daß der Sieg der finnischen Revolution der Sache der internationalen Demokratie einen großen Schaden zufügen würde. Die internationalen Sozialverräter fürchteten sogar schon unsere Revolution, fürchteten, daß das sich um sie verbreitende Feuer die Federn ihrer weichen Pfühle versengen könnte, die ihnen die Bourgeoisie bereitet hatte. Jetzt nach allem Vorgefallenen erscheint uns eher die Möglichkeit gefährlich, daß der Sieg unserer Revolution mit ihrem demokratischen Programm im Anfang vielleicht die Begriffe der Arbeiter der benachbarten Länder über die hohen Aufgaben der proletarischen Revolution verwirrt haben könnte.

Doch der Sieg blieb dieses Mal noch auf der Seite der kapitalistischen Gewalt. Der deutsche Imperialismus vernahm die flehenden Bitten der finnischen Bourgeoisie und übernahm es, die junge Unabhängigkeit ihres Vaterlandes, die sie eben erst auf das Ansuchen der finnischen Sozialdemokraten von der Russischen Föderativen Sowjetrepublik geschenkt erhalten hatte, abzuwürgen. Der finnischen Bourgeoisie schlug das nationale Gewissen nicht eine Minute, sie erschreckte nicht das sklavische Joch eines ausländischen Imperialismus, als ihr Vaterland sich in ein Vaterland des arbeitenden Volkes zu verwandeln drohte. Lieber bemühten sich die Bourgeois, ihr ganzes Volk dem deutschen Weltraubmörder als Beute

vorzuwerfen und hätten mit dem bescheidenen Amte eines Sklavenaufsehers fürlieb genommen.

Dieses Amt wurde ihnen denn auch übergeben; man drückte ihnen die Knute zu diesem Amte in die Hand. Und niemals in der Welt wurde wohl die blutige Peitsche mit schrecklicherer, bestialischerer Wut geschwungen als jetzt, zur Zeit des Terrors des Sklavenaufsehers Svinhufvud, und man schwingt sie nun in Finnland schon sechs Monate lang unaufhörlich. Die Rachewollust der finnischen Bourgeoisie hat nach der Revolution schon viel mehr Todesopfer gefordert als der dreimonatige offene Bürgerkrieg. Gerade als wollten die finnischen Weißgardistenmachthaber durch das systematische massenweise Niedermetzeln unserer Kameraden mit nervenerschütternder Schärfe den Arbeitern aller Länder zeigen, was für ein Bacchanal der Rache auch ihnen droht, wenn sie, nachdem sie die Macht erobert haben, die Bourgeoisie ihres Landes nicht sofort ihrer eisernen Diktatur unterwerfen, wenn sie dagegen ihren Klassenfeinden gegenüber, seien sie in Freiheit oder in Gefangenschaft, die sentimentale Humanität walten lassen, die unsere revolutionäre Regierung in Finnland walten ließ. Außer den massenweisen Niedermetzelungen wandte die finnische Bourgeoisie gleich von Anfang an als Mittel der Rache noch die massenweise Aushungerung der Gefangenen an. Das scheint die allerwollüstigste Rache des gottesfürchtigen, monarchistischen Aktienkapitals zu sein: wenn die Arbeiter, die sich vorher mit Stolz als Erzeuger und Besitzer aller Reichtümer gefühlt hatten, sich jetzt in Hungerkrämpfen in den Gefängnissen wanden, blau wurden und einer nach dem anderen das Leben aushauchten, — bei diesem Anblick kann der elegante Aktienbesitzer am besten seine Fette verdauen, seinen Appetit anreizen und im Bewußtsein seiner übermenschlichen Macht schwelgen. So sehr schwelgt er in diesem Machtbewußtsein, daß er für dieses Mal fast ganz vergißt, daß er die lebendige Arbeitskraft noch braucht, bis schließlich ein Kapitalist (Bar. Linder) aus dem Rausch erwacht, bemerkt, daß seine Güter und Fabriken plötzlich ohne Arbeitshände bleiben, weinselig sentimental ruft: „Es ist grausam!" und seinen Svinhufvud und Konsorten zur Mäßigkeit ihrer Rachegelüste mahnt.

Das kapitalistische Paradies war nunmehr in Finnland beinahe fertig. Es fehlte nur noch die goldene Krone. Ja, auch diese,

Marke „made in Germany", ist auf Anweisung des Meisters, Wilhelm, schon in einer Filialabteilung der Hohenzollern in Hessen bestellt.

Die finnische Arbeiterbewegung wurde im letzten Frühjahr in Stücke geschlagen und wird sich nicht mehr in ihrer früheren Gestalt erheben. Das abgestumpfte Beil wurde in die Esse der Geschichte zum Umschmelzen geworfen, und jetzt sehen wir, daß aus ihr der reine Stahl des Kommunismus hervorging. Der Rost und die Schlacken sind herausgeschmolzen, wie in Finnland, so auch in Rußland. In Finnland ist unter Führung des früheren Senators Tanner eine Klique sozialdemokratischer Verräter auf der Szene erschienen, um in ihrer ganzen Nacktheit und Schamlosigkeit zur Befriedigung des „progressiven", bürgerlichen Publikums ihre fadenscheinigen Tugenden auf den Markt zu tragen. „Genosse" Tokoi mit dem Schauspieler A. Orjatsalo und einigen anderen gibt Gastrollen auf dem Archangelsker Jahrmarkt; dort spielt diese Truppe eine weinerliche Farce, um die verirrte finnische Legion in den Reihen des englischen Imperialismus zu halten. Von den unverbesserlichen Sozialdemokraten und den Bürokraten der alten professionellen Bewegung, die auch in Rußland noch nichts hinzugelernt haben, haben wir uns nun endgültig auf einer Konferenz getrennt, die Ende August in Moskau stattfand. Darauf wurde die Finnländische Kommunistische Partei auf der Grundlage folgender Leitsätze gegründet:

1. Die Arbeiterschaft muß sich energisch auf die bewaffnete Revolution vorbereiten und darf durchaus nicht mehr versuchen wollen, zum alten parlamentarischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Kampf zurückzukehren, auf dessen Boden die Arbeiterorganisationen Finnlands vor der Revolution standen.

2. Nur eine solche Arbeiterbewegung und eine solche Parteitätigkeit, die Garantie dafür gewähren, daß sie die Verbreitung des Kommunismus und den Sieg der kommenden sozialistischen Revolution fördern, sind anzuerkennen und ganz energisch zu unterstützen; — eine andere, auf anderer Grundlage basierende Wirksamkeit unter den Arbeitern ist dagegen auf das entschiedenste zu verwerfen, an den Pranger zu stellen und auf das schärfste zu bekämpfen.

3. Die Arbeiterklasse muß durch die Revolution die ganze Macht in ihre eigenen Hände nehmen und die eiserne Diktatur des Proletariats aufrichten. Sie muß folglich die Vernichtung des bürgerlichen Staates anstreben und auf keinen Fall zum bürgerlichen Demokratismus, weder vor der Revolution noch durch sie, zu gelangen versuchen.

4. Mittelst der Diktatur des Proletariats ist unter Konfiszierung des gesamten Grund und Bodens und allen kapitalistischen Eigentums die kommunistische Gesellschaftsordnung zu schaffen; die Arbeiterschaft hat selbsttätig die gesamte Produktion und die Verteilung der Güter zu organisieren; — es ist demnach zu verurteilen, sich in Versuchen zu ergehen, das kapitalistische Ausbeutungssystem auszuflicken und es dadurch etwas erträglicher zu gestalten.

5. Die Herbeiführung der Weltrevolution und ihr Sieg ist auf das energischste zu fördern und die Sozialistische Sowjetrepublik des russischen Proletariats nach allen Kräften zu unterstützen.

Das haben wir durch die schwere Prüfung des Kampfes und aus dem Beispiel des russischen Proletariats gelernt.

Wir sind jetzt zu der Einsicht gekommen, daß die Grundlage der marxistischen Taktik darin besteht, in einem gegebenen Augenblick die historische Lage richtig einzuschätzen und auf der durch sie gekennzeichneten Bahn so weit als möglich vorzudringen. In einem Augenblick, in dem keine historischen Voraussetzungen zur Revolution vorhanden sind, eine Revolution vom Zaun brechen zu wollen, widerspricht der marxistischen Taktik. Besonders Emigranten sind nach einer gescheiterten Revolution vielmals in der Welt in den Fehler verfallen, mit geschlossenen Augen eine Revolution in einem Moment anzuzetteln, da die Geschichte ihr den Boden unter den Füßen entzogen hatte. Solche Improvisatoren von Revolutionen und revolutionären Mätzchen geißelt Marx in seinen Werken grausam. Wenn wir uns jedoch in einer historisch revolutionären Periode befinden, wenn es scheint, daß die Revolution „in Sicht" ist — wie das jetzt in Europa allgemein der Fall ist — in einem solchen Moment die Revolution aufzuhalten oder die Hände in den Schoß zu legen, muß vom marxistischen Standpunkt aus auf das schärfste verurteilt werden. Dann darf die Arbeiterbewegung nur noch nach der Revolution trachten, dann muß sie sich ernstlich für sie waffnen und nicht unter

Vorschützung anderer Sorgen versuchen, ihr aus dem Wege zu gehen.

Dementsprechend werden wir jetzt in Finnland, in Rußland und überhaupt überall da tätig sein, wo unsere jungen rührigen Kräfte im Dienste der Weltrevolution von Nutzen sein können. In Rußland stecken wir uns, als nächste und wichtigste Aufgabe unserer Partei, die Formierung finnischer Abteilungen der Roten Armee zum Ziele. In dieser Hinsicht sind unsere Genossen schon tüchtig am Werke.

In dem offenen Brief, den unser Parteikongreß an den Genossen Lenin richtete, erklärt er: „Die Kommunisten Finnlands stürzen sich mit Freuden ins Feuer. Sie wollen mit dabei sein, wenn es heißt, die Festungen des Kapitalismus zu nehmen und dem Erdboden gleichzumachen. Die finnischen Kommunisten wollen nicht hinter der Front zurückbleiben, wo die Proletarier aller Länder die Welt erobern."

Oktober 1918.

(Anlage.)

Die Aufgaben der proletarischen Revolution in Finnland.

Auf der Konferenz der Finnländischen Kommunistischen Partei im Januar 1919 in Petrograd, mit Repräsentanten aus Finnland, sind folgende Thesen über die nächsten Hauptaufgaben der sozialistischen Revolution in Finnland angenommen worden:

1. Die Macht der ausbeutenden Klassen soll gebrochen werden, um der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende zu machen.

Darum soll die Schlächtergewalt der Bourgeoisie rücksichtslos zertrümmert und die besitzende Klasse entwaffnet werden.

Es soll die Rote Armee des Proletariats gebildet werden als siegreicher Vollbringer des Revolutionskampfes und als treuester Wächter der Revolution, damit die Ausbeuter nimmermehr zur Macht kommen können.

2. Das Proletariat soll die ganze Staatsmacht in seine Hände nehmen.

Der ganze Apparat des bürgerlichen Klassenstaates soll zerstört werden und an seine Stelle soll die Organisation der Gewalt des Proletariats treten. An die Stelle der bürgerlichen Bureaukratie die Selbstverwaltung des Proletariats. An die Stelle des bürgerlichen Parlaments und der bürgerlichen Kommunalverwaltung — die von den Massen des Proletariats gewählten Organe; dabei soll das Proletariat volle Beteiligung an der Administration und der Schaffung der sozialistischen Ordnung bekommen. An Stelle der bürgerlichen Demokratie, welche den Unterdrückern des Proletariats die Freiheit garantiert, soll die freie und organisierte Demokratie des Proletariats errichtet werden.

Diese Machtorganisation des Proletariats ist die gemeinsame Sozialistische Räte-Republik der Arbeiter, der Soldaten der Roten Armee und der arbeitenden unterdrückten Landleute.

3. Durch seine Machtorganisation soll das Proletariat die ausbeutenden Klassen unbeugsam unter die revolutionäre Disziplin und die allgemeine Arbeitspflicht zwingen. Das Privateigentum der Reichen soll unverzüglich enteignet und dem Privateigentum an den Produktionsmitteln ein Ende bereitet werden.

4. Die kapitalistischen Industrieverbände und andere Produktionseinrichtungen, die den Kapitalisten den mühelosen Gewinn der Arbeitsprodukte des Proletariats ermöglicht haben, sollen zu Produktionseinrichtungen der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft gemacht werden.

Die gemeinsame Arbeitskameradschaft oder Arbeiterkommune soll in jeder großen Produktionseinrichtung die Verwaltung in Verbindung mit den Zentralorganen der allgemeinen Rätemacht des arbeitenden Volkes übernehmen und sich einer zentralisierten ökonomischen Leitung und planmäßigen Anordnung unterstellen.

5. Es soll nicht mehr geduldet werden, das Land von den Bebauern in die Hände der Spekulanten und Ausbeuter zu überliefern, sei es durch Kauf oder durch Schuldverschreibung oder unter irgendwelchen anderen Vorwänden; sondern das Land soll den faulen Müßiggängern, die, statt selbst zu arbeiten, sich an der Arbeit anderer bereichern, entrissen, als Gemeineigentum des Volkes erklärt und den wirklichen Bebauern übergeben werden.

Die Landarbeiter sollen sich vereinigen und Arbeitskameradschaften zur Bewirtschaftung der großen Güter bilden. Für diese soll man eine zentralisierte Leitung mit Hilfe der allgemeinen Rätemacht organisieren, welche die nötigen landwirtschaftlichen Maschinen und sachgemäße Leitung garantieren soll.

6. Um das Joch des Kapitals ganz zu brechen, sollen die Banken sofort in die Hände der Rätemacht genommen werden.

7. Die Handelsgeschäfte mit ihren Vorräten sollen expropriiert und die Verteilung der Produkte durch die Gesellschaft organisiert werden.

8. Die Häuser und Räumlichkeiten der Reichen mit Mobilien sollen ohne Zögern expropriiert werden, um die Bedürfnisse des notleidenden Proletariats zu befriedigen.

9. Die Arbeiterräte sollen sowohl gesetzgebende als auch vollziehende Organe der Revolution sein. Sie sollen so gewählt werden, daß sie wirklich dem Willen des arbeitenden Volkes entsprechen. Das Stimmrecht sollen die Arbeiter, die Soldaten der Roten Armee und das bäuerliche Proletariat besitzen, nicht aber die Ausbeuter und Feinde des arbeitenden Volkes.

10. Der allgemeine Kongreß aller Arbeiterräte des Landes, der so oft, als es notwendig ist, zusammentreten soll, wird die oberste Macht in der Handhabung der Angelegenheiten des Staates sein. Er soll das Exekutivkomitee der Räterepublik wählen, mit dem Rechte, die Volkskommissare zu ernennen und abzusetzen.

11. Die Wähler sollen das Recht haben, zu jeder Zeit ein von ihnen gewähltes Mitglied, das nicht mehr ihr Zutrauen hat, abzuberufen.

12. Die Finnländische Sozialistische Räterepublik soll mit den Sozialistischen Räterepubliken der proletarischen Klassen anderer Länder in einen Bund eintreten. Der gemeinsame Bund derselben wird die Internationale Gemeinschaft der Räterepubliken repräsentieren.

Vereinsdruckerei G. m. b. H. Potsdam